



Verordnung
über die Organisation der
Verwaltungsverfahren und
Einrichtung der Servicestelle für
Bau- und
Landschaftsangelegenheiten

genehmigt mit Ratsbeschluss
Nr. 22 vom 21.07.2020

DER BÜRGERMEISTER
IL SINDACO

Mag. (FH) Ulrich VEITH

dig. sig. / f.to dig.

Regolamento
sulla organizzazione dei
procedimenti amministrativi ed
istituzione del Front office per le
pratiche edilizie e paesaggistiche

approvato con deliberazione
del consiglio comunale
n. 22 del 21.07.2020

DIE GENERALSEKRETÄRIN
LA SEGRETARIA GENERALE

Dr. Monika PLATZGUMMER

dig. sig. / f.to dig.

Artikel 1

Gegenstand der Verordnung

1. Diese Verordnung enthält in Umsetzung des Artikels 63, Absätze 1 und 2 des Landesgesetzes vom 10. Juli 2018, Nr. 9, in geltender Fassung, in der Folge als „Gesetz“ bezeichnet, Bestimmungen zu den Rechtssubjekten, Formen und Vorgangsweisen zur Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse, die dieser Gemeinde auf Grund des V. und VI. Titels des Gesetzes übertragen sind.

Artikel 2

Sprachbestimmungen

1. In der Folge bezieht sich die männliche Bezeichnung von Ämtern und Personen auf beide Geschlechter.

Artikel 3

Einrichtung der Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten

1. Im Sinne des Artikels 63 Absatz 2 des Gesetzes ist in dieser Gemeinde die Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten eingerichtet, welche die Aufgaben wahrnimmt, welche ihr von dieser Verordnung und von anderen Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen zugewiesen sind.

2. Die Leitung der Servicestelle obliegt dem von der Gemeinde ernannten Leiter der Servicestelle. Dieser nimmt die Aufgaben wahr, die ihm von dieser Verordnung, den Gesetzen und anderen Verordnungen zugewiesen sind. Er übernimmt im Besonderen die Funktion des Verfahrensverantwortlichen für die Bearbeitung der in die Zuständigkeit der Servicestelle fallenden Mitteilungen, Meldungen und Anträge, sofern er nicht andere Bedienstete der Servicestelle dazu bevollmächtigt. In Ermangelung von qualifiziertem Personal kann die Gemeinde einen verwaltungsexternen Techniker zur Unterstützung des Verfahrensverantwortlichen beauftragen.

3. Der Leiter der Servicestelle übernimmt zudem die Funktion des Verfahrensverantwortlichen für die Baugenehmigungsverfahren laut Artikel 76 des Gesetzes und für die Verfahren im Zusammenhang mit der ZeMeT laut Artikel 77 des Gesetzes.

Abschnitt 1

Verfahrensbestimmungen zur Erteilung der Baugenehmigung

Artikel 4

Bearbeitung und Überprüfung der formalen Vollständigkeit des Antrags auf Baugenehmigung

1. Der Leiter der Servicestelle oder die Person, die vom Leiter der Servicestelle mit der Bearbeitung des Antrags auf Baugenehmigung beauftragt

Articolo 1

Oggetto del regolamento

1. Il presente regolamento contiene, in attuazione dell'articolo 63, commi 1 e 2 della legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9, e successive modifiche, di seguito denominata "legge", disposizioni sui soggetti, sulle forme e metodologie per l'esercizio delle funzioni attribuite a questo Comune in base ai Titoli V e VI della legge.

Articolo 2

Disposizioni linguistiche

1. In seguito la denominazione maschile di uffici pubblici o persone si riferisce ad entrambi i sessi.

Articolo 3

Costituzione del Front Office per le pratiche edilizie e paesaggistiche

1. Ai sensi dell'articolo 63 comma 2 della legge in questo Comune è istituito il Front Office per le pratiche edilizie e paesaggistiche che esercita le funzioni ad esso attribuite dal presente regolamento e dalle altre disposizioni di legge e di regolamento.

2. La direzione del Front Office spetta al direttore del Front Office nominato dal Comune. Tale direttore esercita le funzioni ad esso attribuite dal presente regolamento e dalle altre disposizioni di legge e di regolamento. Esso funge da responsabile del procedimento per l'istruttoria delle comunicazioni, segnalazioni e istanze di competenza del Front Office, qualora non deleghi l'istruttoria ad altri collaboratori del Front Office. In mancanza di personale qualificato il Comune può incaricare un tecnico non appartenente all'Amministrazione, che presta supporto al responsabile del procedimento.

3. Il direttore del Front Office funge da responsabile del procedimento per il permesso di costruire di cui all'articolo 76 della legge e dei procedimenti connessi alla SCIA di cui all'articolo 77 della legge.

Sezione 1

Disposizioni sul procedimento per il rilascio del permesso di costruire

Articolo 4

Istruttoria e verifica della completezza formale della richiesta di permesso di costruire

1. Il direttore del Front Office o la persona, che è stata delegata dal Direttore del Front Office a svolgere l'istruttoria relativa alla richiesta di

worden ist, übermittelt über SUE/ESB die Mitteilung über die Einleitung des Verwaltungsverfahrens und bewertet anschließend, zu Bearbeitungszwecken, die Zulässigkeitsvoraussetzungen, die Legitimationserfordernisse und die für den Erlass der Maßnahme erheblichen Voraussetzungen und ergreift alle erforderlichen Maßnahmen für einen angemessenen und zügigen Ablauf der Ermittlung.

2. Wird festgestellt, dass der Antrag im Sinne von Artikel 4, Absatz 1 des Landesgesetzes vom 22.10.1993, Nr. 17 offensichtlich nicht entgegennehmbar, unzulässig, unverfolgbar oder unbegründet ist, schließt der Bürgermeister das Verfahren mit ausdrücklicher Maßnahme gemäß Artikel 4, Absatz 1 des Landesgesetzes vom 22.10.1993, Nr. 17 in vereinfachter Form ab.

3. Wird festgestellt, dass die vorgeschriebenen technischen oder Verwaltungsunterlagen unvollständig sind bzw. dass fehlerhafte Erklärungen oder Anträge eingereicht worden sind, fordert der Leiter der Servicestelle den Interessenten über SUE/ESB zur Vervollständigung bzw. Berichtigung des Antrags innerhalb einer angemessenen Frist auf, die höchstens 30 Tage betragen darf. Die gemäß diesem Absatz eingeräumte Frist, für die Vervollständigung bzw. Berichtigung der vorgeschriebenen technischen oder Verwaltungsunterlagen, setzt im Sinne von Artikel 4, Absatz 6, Buchstabe a) des Landesgesetzes vom 22.10.1993, Nr. 17, die Frist für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens aus.

4. In den Fällen, in denen für die Erteilung der Baugenehmigung verschiedene Stellungnahmen/Gutachten, Einvernehmen, Absprachen, Unbedenklichkeitserklärungen oder andere wie immer benannte Zustimmungsakte von unterschiedlichen Verwaltungen eingeholt werden müssen, wird vom Leiter der Servicestelle bei den jeweils zuständigen Verwaltungen schriftlich angefragt, Folgendes innerhalb einer Frist von 10 Arbeitstagen der Gemeinde mitzuteilen:

- a) die Unvollständigkeit der vorgeschriebenen technischen oder Verwaltungsunterlagen, welche jeweils für die von den zuständigen Verwaltungen für ihre Tätigkeit in diesem Verfahren notwendig sind,
- b) das Bestehen von fehlerhaften Erklärungen und Anträgen,
- c) den allfälligen Umstand, dass der Antrag offensichtlich nicht entgegennehmbar, unzulässig, unverfolgbar oder unbegründet ist.

Falls nach Ablauf dieser Frist die Regelung nach vorstehendem Absatz 2 nicht zur Anwendung kommt, übermittelt der Leiter der Servicestelle gegebenenfalls die Aufforderung gemäß vorstehendem Absatz 3 oder ergreift weitere Verfahrensschritte.

5. Verstreicht die Frist, die dem Interessenten zur

permitted zu konstruieren, übermitteln über SUE die Mitteilung über die Einleitung des Verwaltungsverfahrens und bewertet anschließend, zu Bearbeitungszwecken, die Zulässigkeitsvoraussetzungen, die Legitimationserfordernisse und die für den Erlass der Maßnahme erheblichen Voraussetzungen und ergreift alle erforderlichen Maßnahmen für einen angemessenen und zügigen Ablauf der Ermittlung.

2. Wird festgestellt, dass der Antrag im Sinne von Artikel 4, Absatz 1 des Landesgesetzes vom 22.10.1993, Nr. 17 offensichtlich nicht entgegennehmbar, unzulässig, unverfolgbar oder unbegründet ist, schließt der Bürgermeister das Verfahren mit ausdrücklicher Maßnahme gemäß Artikel 4, Absatz 1 des Landesgesetzes vom 22.10.1993, Nr. 17 in vereinfachter Form ab.

3. Wird festgestellt, dass die vorgeschriebenen technischen oder Verwaltungsunterlagen unvollständig sind bzw. dass fehlerhafte Erklärungen oder Anträge eingereicht worden sind, fordert der Leiter der Servicestelle den Interessenten über SUE/ESB zur Vervollständigung bzw. Berichtigung des Antrags innerhalb einer angemessenen Frist auf, die höchstens 30 Tage betragen darf. Die gemäß diesem Absatz eingeräumte Frist, für die Vervollständigung bzw. Berichtigung der vorgeschriebenen technischen oder Verwaltungsunterlagen, setzt im Sinne von Artikel 4, Absatz 6, Buchstabe a) des Landesgesetzes vom 22.10.1993, Nr. 17, die Frist für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens aus.

4. In den Fällen, in denen für die Erteilung der Baugenehmigung verschiedene Stellungnahmen/Gutachten, Einvernehmen, Absprachen, Unbedenklichkeitserklärungen oder andere wie immer benannte Zustimmungsakte von unterschiedlichen Verwaltungen eingeholt werden müssen, wird vom Leiter der Servicestelle bei den jeweils zuständigen Verwaltungen schriftlich angefragt, Folgendes innerhalb einer Frist von 10 Arbeitstagen der Gemeinde mitzuteilen:

- a) die Unvollständigkeit der vorgeschriebenen technischen oder Verwaltungsunterlagen, welche jeweils für die von den zuständigen Verwaltungen für ihre Tätigkeit in diesem Verfahren notwendig sind,
- b) das Bestehen von fehlerhaften Erklärungen und Anträgen,
- c) den allfälligen Umstand, dass der Antrag offensichtlich nicht entgegennehmbar, unzulässig, unverfolgbar oder unbegründet ist.

Falls nach Ablauf dieser Frist die Regelung nach vorstehendem Absatz 2 nicht zur Anwendung kommt, übermittelt der Leiter der Servicestelle gegebenenfalls die Aufforderung gemäß vorstehendem Absatz 3 oder ergreift weitere Verfahrensschritte.

5. Verstreicht die Frist, die dem Interessenten zur

Vervollständigung bzw. Berichtigung gemäß Absatz 3 eingeräumt worden ist, ungenutzt, erklärt der Bürgermeister die Unzulässigkeit des Antrags auf Baugenehmigung und teilt dies dem Interessenten über SUE/ESB mit.

Artikel 5

Überprüfung, ob für die Maßnahme eine strategische Umweltprüfung oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist

1. Der Leiter der Servicestelle oder die Person, die vom Leiter der Servicestelle mit der Bearbeitung des Antrags auf Baugenehmigung beauftragt worden ist, überprüft, ob für die Maßnahme eine strategische Umweltprüfung oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

2. In den Fällen, in denen für die Maßnahme eine strategische Umweltprüfung oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, teilt der Leiter der Servicestelle dem Interessenten über SUE/ESB mit, dass bis zum Erhalt des positiven Prüfungsergebnisses das Verfahren ausgesetzt wird.

Artikel 6

Einholen von Stellungnahmen/Gutachten, Einvernehmen, Absprachen, Unbedenklichkeitserklärungen oder andere wie immer benannte Zustimmungsakte

1. Der Leiter der Servicestelle holt von den Gemeindeämtern bzw. von den Gemeindekommissionen laut Artikel 4 und Artikel 68 des Gesetzes die vorgeschriebenen Stellungnahmen/Gutachten ein. Müssen für die Erteilung der Baugenehmigung verschiedene Stellungnahmen/Gutachten, Einvernehmen, Absprachen, Unbedenklichkeitserklärungen oder andere wie immer benannte Zustimmungsakte von unterschiedlichen Verwaltungen eingeholt werden, holt sie der Leiter der Servicestelle ein. Unbeschadet bleiben die Bestimmungen über die gesetzlich vorgesehenen Ersatzbescheinigungen.

2. Der Leiter der Servicestelle teilt dem Interessenten über SUE/ESB mit, dass die Anfrage um die Abgabe der für die Baugenehmigung notwendigen Stellungnahmen/Gutachten, Einvernehmen, Absprachen, Unbedenklichkeitserklärungen oder andere wie immer benannte Zustimmungsakte an die zuständigen Verwaltungen versendet worden ist.

Artikel 7

Erforderliche geringfügige Änderungen zum ursprünglichen Projekt

1. Ist der Leiter der Servicestelle der Meinung, dass für die Erteilung der Baugenehmigung geringfügige Änderungen zum ursprünglichen Projekt erforderlich sind, kann er diese, auch auf der Grundlage einer Vorabstellungnahme der

all'interessato ai sensi del comma 3 per il perfezionamento ovvero per la rettifica, il Sindaco dichiara l'irricevibilità della richiesta di permesso di costruire e comunica ciò all'interessato tramite SUE.

Articolo 5

Verifica, se l'intervento è soggetto a valutazione ambientale strategica o a valutazione di impatto ambientale

1. Il Direttore del Front Office o la persona, che è stata delegata dal Direttore del Front Office a svolgere l'istruttoria relativa alla richiesta di permesso di costruire, verifica, se l'intervento è soggetto a valutazione ambientale strategica o a valutazione di impatto ambientale.

2. Quando l'intervento è soggetto a valutazione ambientale strategica o a valutazione di impatto ambientale, il Direttore del Front Office comunica all'interessato tramite SUE la sospensione del procedimento sino all'esito favorevole della valutazione.

Articolo 6

Acquisizione di pareri, intese, concerti, nulla osta o altri atti di assenso, comunque denominati

1. Il Direttore del Front Office acquisisce i prescritti pareri dagli uffici comunali ovvero dalle commissioni comunali di cui agli articoli 4 e 68 della legge. Se il rilascio del permesso è subordinato all'acquisizione di più pareri, intese, concerti, nulla osta o altri atti di assenso, comunque denominati, resi da amministrazioni diverse, il Direttore del Front Office li acquisisce. Restano salve le disposizioni in materia di certificazione sostitutiva ai sensi di legge.

2. Il Direttore del Front Office comunica all'interessato tramite SUE, che le istanze per ottenere i pareri, intese, concerti, nulla osta o altri atti di assenso, comunque denominati, necessari ai fini del permesso di costruire, sono state inviate alle amministrazioni competenti.

Articolo 7

Necessarie modifiche di modesta entità rispetto al progetto originario

1. Qualora il Direttore del Front Office ritenga, che ai fini del rilascio del permesso di costruire sia necessario apportare modifiche di modesta entità rispetto al progetto originario, egli può, anche in base ad un parere interlocutorio della Commissione

Gemeindekommission für Raum und Landschaft, mit entsprechender Begründung über SUE/ESB verlangen.

2. Der Interessent äußert sich zu den verlangten Änderungen und ist verpflichtet, die Dokumentation innerhalb der darauffolgenden 20 Tage über SUE/ESB zu vervollständigen. Durch die Aufforderung zur Änderung laut vorhergehendem Absatz wird die Frist für die stillschweigende Zustimmung ausgesetzt, jedoch nicht länger als die dem Interessenten zugestanden 20 Tage.

3. Verstreicht die in Absatz 2 vorgesehene Frist ungenutzt, erarbeitet der Leiter der Servicestelle einen Vorschlag für die endgültige Maßnahme gemäß Artikel 76, Absatz 4 des Gesetzes mit dem eine Ablehnung der Baugenehmigung empfohlen wird.

Artikel 8

Vorschlag für die endgültige Maßnahme, Mitteilung der Hinderungsgründe, endgültige Maßnahme

1. Der Leiter der Servicestelle erarbeitet innerhalb von 10 Tagen ab Erhalt aller gesetzlich vorgeschriebenen Stellungnahmen/Gutachten, Einvernehmen, Absprachen, Unbedenklichkeitserklärungen oder andere wie immer benannten Zustimmungsakte, auf jeden Fall aber innerhalb von 60 Tagen ab Eingang des Antrags, einen Vorschlag für die endgültige Maßnahme oder er fasst und übermittelt über SUE/ESB, falls erforderlich, die Mitteilung der Hinderungsgründe gemäß Artikel 11/bis des Landesgesetzes vom 22.10.1993, Nr. 17, welche vom Bürgermeister unterzeichnet wird. Mit dieser Mitteilung der Hinderungsgründe werden auch allfällige Unterlagen eingefordert, welche nicht zwingend dem Baugenehmigungsantrag beizulegen und tatsächlich nicht beigelegt worden sind, aber Voraussetzung für die Erteilung der Baugenehmigung sind. Ebenso kann diese Mitteilung die Aufforderung enthalten,

a) der Zahlung der Eingriffsgebühr nachzukommen, deren Höhe vorher im Sinne der Verordnung über die Festsetzung und Einhebung der Eingriffsgebühr durch den Bürgermeister mitgeteilt worden ist,

b) die Bank- oder Versicherungsbürgschaft als Sicherstellung für die Zahlung der Eingriffsgebühren in der Gemeinde zu hinterlegen,

c) die Kautions in der Gemeinde zu hinterlegen, welche im Sinne der Gemeindebauordnung auferlegt wird und vor Erteilung der Baugenehmigung zu hinterlegen ist.

2. Die endgültige Maßnahme wird vom Bürgermeister innerhalb von 10 Tagen ab Unterbreitung des entsprechenden Vorschlags getroffen.

comunale per il territorio e il paesaggio, richiedere tali modifiche tramite SUE, illustrandone le ragioni.

2. L'interessato si pronuncia sulla richiesta di modifica ed è tenuto a integrare la documentazione tramite SUE nei successivi 20 giorni. La richiesta di modifica di cui al precedente comma sospende il decorso del termine per la formazione del silenzio assenso, comunque non oltre i 20 giorni assegnati all'interessato.

3. Decorso inutilmente il termine di cui al comma 2, il Direttore del Front Office formula una proposta finalizzata all'adozione del provvedimento finale ai sensi dell'articolo 76 comma 4 della legge, con cui viene consigliato il diniego del permesso di costruire.

Articolo 8

Proposta finalizzata all'adozione del provvedimento finale, comunicazione dei motivi ostativi, provvedimento finale

1. Il Direttore del Front Office, entro 10 giorni dall'acquisizione di tutti i pareri, intese, concerti, nulla osta o altri atti di assenso comunque denominati, richiesti in base alla normativa vigente, e comunque entro 60 giorni dalla presentazione della domanda, formula una proposta finalizzata all'adozione del provvedimento finale oppure, ove necessario, redige e trasmette tramite SUE la comunicazione dei motivi ostativi ai sensi dell'articolo 11/bis della Legge provinciale 22.10.1993, n. 17, sottoscritta dal Sindaco. Con tale comunicazione dei motivi ostativi vengono richiesti anche eventuali documenti, che non obbligatoriamente devono essere allegati alla domanda di permesso di costruire e che effettivamente non sono stati allegati, che però costituiscono presupposto per il rilascio del permesso di costruire. Parimenti tale comunicazione può contenere la richiesta

a) di effettuare il pagamento del contributo d'intervento, il cui importo è stato precedentemente comunicato dal Sindaco ai sensi del regolamento sulla determinazione e riscossione del contributo di intervento,

b) di consegnare al Comune la fideiussione bancaria o assicurativa a garanzia del pagamento del contributo di intervento,

c) di consegnare al Comune la cauzione, che viene imposta ai sensi del regolamento edilizio comunale e che deve essere consegnata prima del rilascio del permesso di costruire.

2. Il provvedimento finale è adottato dal Sindaco entro 10 giorni dalla formulazione della proposta di provvedimento.

Artikel 9

Beginn der Bauarbeiten im Falle des Erwerbs der Baugenehmigung im Sinne von Artikel 76, Absatz 6 des Gesetzes

1. Die Bauarbeiten dürfen im Falle des Erwerbs der Baugenehmigung im Sinne von Artikel 76, Absatz 6 des Gesetzes durch stillschweigende Annahme erst dann begonnen werden, wenn bei der Gemeinde die für die ZeMeT vorgeschriebene Dokumentation über SUE/ESB eingereicht worden ist; der Nachweis der Genehmigung wird durch eine Kopie des Antrags auf Baugenehmigung und durch die mit dem Projekt eingereichten und von der Gemeinde mit Sichtvermerk versehenen Planunterlagen, durch Eigenbescheinigungen, Nachweise, Bestätigungen oder Bescheinigungen des Projektanten oder anderer befähigter Fachleute sowie durch eventuell vorgeschriebene wie immer benannte Zustimmungsakte erbracht. Als Sichtvermerk gilt die eindeutige Kennnummer die der Akte, welche den Antrag um Baugenehmigung samt entsprechend eingereicherter Dokumentation enthält, von SUE/ESB zugeteilt wird.

Abschnitt 2

Bestimmungen zur zertifizierten Meldung des Tätigkeitsbeginns

Artikel 10

Überprüfung der Vollständigkeit und der Voraussetzungen der Zulässigkeit der ZeMeT

1. Der Leiter der Servicestelle oder die Person, die vom Leiter der Servicestelle mit der Bearbeitung der ZeMeT beauftragt worden ist, überprüft die Vollständigkeit und den Inhalt der ZeMeT. Sind die ZeMeT und die vorgeschriebenen Unterlagen unvollständig oder fehlerhaft, ist die Tätigkeit unzulässig.

2. Stellt der Leiter der Servicestelle fest, dass eine oder mehrere Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Tätigkeit fehlen, trifft der Bürgermeister auf Vorschlag des Leiters der Servicestelle innerhalb von 30 Tagen ab Eingang der ZeMeT eine begründete Maßnahme, mit der er die Fortführung der Tätigkeit untersagt.

3. In den Fällen, in denen die Möglichkeit besteht das Projekt an die geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften anzupassen, trifft der Bürgermeister auf Vorschlag des Leiters der Servicestelle innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der ZeMeT eine begründete Maßnahme, mit der er die Fortführung der Tätigkeit untersagt und dem Interessenten eine Frist von mindestens 30 Tagen für die Anpassung des Projekts an die geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften einräumt. Das gemäß der Maßnahme des Bürgermeisters an die geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften angepasste Projekt ist an die Gemeinde über SUE/

Articolo 9

Inizio dei lavori nel caso di permesso di costruire rilasciato ai sensi dell'articolo 76 comma 6 della legge

1. Nel caso di acquisto del permesso di costruire ai sensi dell'articolo 76 comma 6 della legge per silenzio assenso i lavori possono essere iniziati solo quando al Comune risulta presentata tramite SUE la documentazione prevista per la SCIA; l'esistenza del titolo è provata dalla copia della richiesta di permesso di costruire e dagli elaborati presentati a corredo del progetto, opportunamente vistati dal Comune, dalle autocertificazioni, attestazioni, asseverazioni o certificazioni del o di altri tecnici abilitati, nonché dagli atti di assenso comunque denominati eventualmente necessari. Il visto del Comune è costituito dal codice identificativo univoco della pratica, attribuito dal SUE, contenente la richiesta di permesso di costruire e la relativa documentazione presentata.

Sezione 2

Disposizioni sulla segnalazione certificata di inizio attività

Articolo 10

Verifica della completezza e delle condizioni di ammissibilità della SCIA

1. Il Direttore del Front Office o la persona, che è stata delegata dal Direttore del Front Office a svolgere l'istruttoria della SCIA, verifica la completezza ed il contenuto della SCIA. Qualora la SCIA e i documenti prescritti siano incompleti o erronei, l'attività è inammissibile.

2. Qualora il Direttore del Front Office riscontri l'assenza di una o più condizioni di ammissibilità per l'attività, il Sindaco su proposta del Direttore del Front Office entro 30 giorni dalla ricezione della SCIA adotta un provvedimento motivato di divieto di prosecuzione dell'attività.

3. Nei casi in cui vi sia la possibilità di conformare alla normativa vigente il progetto, il Sindaco su proposta del Direttore del Front Office, entro 30 giorni dalla ricezione della SCIA, adotta un provvedimento motivato di divieto di prosecuzione dell'attività e concede all'interessato un termine non inferiore a 30 giorni per conformare il progetto alla normativa vigente. Il progetto conformato alla normativa vigente ai sensi del provvedimento del Sindaco deve essere trasmesso al Comune tramite SUE. Qualora il Direttore del Front Office o la persona, che è stata delegata dal Direttore del Front Office, accerti, che il progetto è stato conformato, il

ESB zu übermitteln. Wird vom Leiter der Servicestelle oder der Person, die vom Leiter der Servicestelle beauftragt worden ist, festgestellt, dass das Projekt angepasst worden ist, wird vom Bürgermeister die Maßnahme, mit der die Fortführung der Tätigkeit untersagt worden ist, aufgehoben und dies dem Interessenten über SUE/ESB mitgeteilt. Wird vom Leiter der Servicestelle oder der Person, die vom Leiter der Servicestelle beauftragt worden ist, festgestellt, dass das Projekt nicht angepasst worden ist, teilt dies der Bürgermeister dem Interessenten über SUE/ESB mit und die Fortführung der Tätigkeit bleibt untersagt.

4. In den Fällen, in denen die Möglichkeit besteht die ausgeführten Bauten und deren Auswirkungen an die geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften anzupassen, trifft der Bürgermeister auf Vorschlag des Leiters der Servicestelle innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der ZeMeT eine begründete Maßnahme, mit der er die Fortführung der Tätigkeit untersagt und dem Interessenten eine Frist von mindestens 30 Tagen für die Anpassung der ausgeführten Bauten und deren Auswirkungen an das Projekt und an die geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften einräumt. Der Interessent teilt der Gemeinde über SUE/ESB mit, dass die ausgeführten Bauten und deren Auswirkungen an das Projekt und an die geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften angepasst worden sind. Wird vom Leiter der Servicestelle aufgrund des Berichts des Lokalaugenscheins festgestellt, dass die ausgeführten Bauten und deren Auswirkungen angepasst worden sind, wird vom Bürgermeister die Maßnahme, mit der die Fortführung der Tätigkeit untersagt worden ist, aufgehoben und dies dem Interessenten über SUE/ESB mitgeteilt. Wird vom Leiter der Servicestelle aufgrund des Berichts des Lokalaugenscheins festgestellt, dass die ausgeführten Bauten und deren Auswirkungen nicht angepasst worden sind, teilt dies der Bürgermeister dem Interessenten über SUE/ESB mit und die Fortführung der Tätigkeit bleibt untersagt und es wird die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands angeordnet.

5. Wird vom Interessenten beantragt, dass die Gemeinde wie immer benannte Zustimmungsakte oder Stellungnahmen/Gutachten anderer Ämter und Verwaltungen einholt, teilt der Leiter der Servicestelle dem Interessenten über SUE/ESB mit, dass die Anfragen um Zustimmungsakte oder Stellungnahmen/Gutachten anderer Ämter und Verwaltungen versendet worden sind und, dass die Maßnahme erst dann durchgeführt werden darf, wenn alle Akte ausgestellt sind. Der Leiter der Servicestelle informiert den Interessenten sobald alle Akte ausgestellt worden sind.

6. Für die Anwendung der Eingriffsgebühr wird nach den Bestimmungen der Verordnung über die Festsetzung und Einhebung der Eingriffsgebühr

Sindaco provvede ad annullare il provvedimento di divieto di prosecuzione dell'attività e comunica ciò all'interessato tramite SUE. Qualora il Direttore del Front Office o la persona, che è stata delegata dal Direttore del Front Office, accerti, che il progetto non è stato conformato, il Sindaco comunica ciò all'interessato tramite SUE e la prosecuzione dell'attività resta vietata.

4. Nei casi in cui vi sia la possibilità di conformare alla normativa vigente le opere eseguite e i loro effetti, il Sindaco su proposta del Direttore del Front Office, entro 30 giorni dalla ricezione della SCIA, adotta un provvedimento motivato di divieto di prosecuzione dell'attività e concede all'interessato un termine non inferiore a 30 giorni per conformare le opere eseguite e i loro effetti al progetto e alla normativa vigente. L'interessato comunica al Comune tramite SUE, che le opere eseguite e i loro effetti sono stati conformati al progetto e alla normativa vigente. Qualora il Direttore del Front Office accerti, sulla base del verbale di sopralluogo, che le opere eseguite e i loro effetti sono stati conformati, il Sindaco provvede ad annullare il provvedimento di divieto di prosecuzione dell'attività e comunica ciò all'interessato tramite SUE. Qualora il Direttore del Front Office accerti, sulla base del verbale di sopralluogo, che i lavori eseguiti e i loro effetti non sono stati conformati, il Sindaco comunica all'interessato tramite SUE e la prosecuzione dell'attività resta vietata e viene disposto il ripristino dello stato preesistente prima dell'inizio dell'attività.

5. Qualora l'interessato richiede al Comune di acquisire atti di assenso, comunque denominati, o pareri di altri uffici e amministrazioni, il Direttore del Front Office comunica all'interessato tramite SUE, che le istanze per ottenere gli atti di assenso o i pareri di altri uffici e amministrazioni sono state inviate, e che l'intervento resta subordinato al rilascio degli atti medesimi. Il Direttore del Front Office avvisa l'interessato non appena tutti gli atti sono stati rilasciati.

6. Per l'applicazione del contributo di intervento si procede ai sensi delle disposizioni del regolamento sulla determinazione e riscossione del contributo di

vorgegangen. wobei die eventuelle Ergänzungszahlung vom Bürgermeister angeordnet wird.

Artikel 11

Überprüfung, ob für die Maßnahme eine strategische Umweltprüfung oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

1. Der Leiter der Servicestelle oder die Person, die vom Leiter der Servicestelle mit der Bearbeitung der ZeMeT beauftragt worden ist, überprüft, ob für die Maßnahme eine strategische Umweltprüfung oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

2. In den Fällen, in denen für die Maßnahme eine strategische Umweltprüfung oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, teilt der Leiter der Servicestelle dem Interessenten über SUE/ESB mit, dass bis zum Erhalt des positiven Prüfungsergebnisses die ZeMet nicht rechtswirksam ist.

Artikel 12

Einstellung der Tätigkeit nach Ablauf der Frist von 30 Tagen nach Erhalt der ZeMeT und falsche Bestätigungen von befähigten freiberuflichen Technikern

1. Nach Ablauf der im ersten Satz von Absatz 5 des Artikels 77 des Gesetzes genannten Frist ordnet der Bürgermeister die Einstellung der Tätigkeit an, wenn Gefahr für das künstlerische und kulturelle Erbe, für die Umwelt, für die Gesundheit, für die öffentliche Sicherheit oder für die nationale Verteidigung droht und wenn erwiesenermaßen festgestellt wurde, dass diese Interessen auch nicht durch Anpassung der privaten Tätigkeit an die geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften geschützt werden können. Auf jeden Fall bleibt die Befugnis der zuständigen Verwaltung aufrecht, Maßnahmen im Selbstschutzweg im Sinne von Artikel 21-nonies des Gesetzes vom 7. August 1990, Nr. 241, in geltender Fassung, zu ergreifen.

2. Im Falle falscher Bestätigungen von befähigten freiberuflich Tätigen verständigt der Bürgermeister die Gerichtsbehörde und den Rat der jeweiligen Berufskammer oder des jeweiligen Berufskollegiums. Die Tätigkeit wird sofort vom Bürgermeister eingestellt und der Eigentümer der Liegenschaft wird verpflichtet, den ursprünglichen Zustand auf seine Kosten wiederherzustellen.

intervento e il Sindaco ne ordina l'eventuale integrazione.

Articolo 11

Verifica, se l'intervento è soggetto a valutazione ambientale strategica o a valutazione di impatto ambientale

1. Il Direttore del Front Office o la persona, che è stata delegata dal Direttore del Front Office a svolgere l'istruttoria della SCIA, verifica, se l'intervento è soggetto a valutazione ambientale strategica o a valutazione di impatto ambientale.

2. Quando l'intervento è soggetto a valutazione ambientale strategica o a valutazione di impatto ambientale, il Direttore del Front Office comunica all'interessato tramite SUE l'inefficacia della SCIA, sino all'esito favorevole della valutazione.

Articolo 12

Cessazione dell'attività dopo il decorso del termine di 30 giorni dal ricevimento della SCIA e false attestazioni dei professionisti abilitati

1. Decorso il termine di cui al primo periodo del comma 5 dell'articolo 77 della legge, il Sindaco dispone la cessazione dell'attività, in presenza del pericolo di un danno per il patrimonio artistico e culturale, per l'ambiente, per la salute, per la sicurezza pubblica o la difesa nazionale, e previo motivato accertamento dell'impossibilità di tutelare comunque tali interessi mediante conformazione dell'attività dei privati alla normativa vigente. È fatto comunque salvo il potere dell'amministrazione competente di assumere determinazioni in via di autotutela, ai sensi dell'articolo 21-nonies della legge 7 agosto 1990, n. 241, e successive modifiche.

2. In caso di false attestazioni dei professionisti abilitati, il Sindaco informa l'autorità giudiziaria e il consiglio dell'ordine o collegio di appartenenza. L'attività viene immediatamente cessata da parte del Sindaco e viene fatto obbligo al proprietario dell'immobile di ripristinare a suo carico lo stato preesistente prima dell'inizio dell'attività.

Abschnitt 3
Beeidete Baubeginnmitteilung

Artikel 13

*Einholen von, wie immer benannten
Zustimmungsakten oder
Stellungnahmen/Gutachten anderer Ämter und
Verwaltungen*

1. Der Leiter der Servicestelle oder die von ihm beauftragte Person sorgt für die Bearbeitung der BBM.
2. Müssen für die Maßnahme, die der beeideten Baubeginnmitteilung unterliegen, wie immer benannte Zustimmungsakte oder Stellungnahmen/Gutachten anderer Ämter und Verwaltungen eingeholt werden, holt der Leiter der Servicestelle, sobald er die Mitteilung erhält, diese ein und informiert den Interessenten, dass die Anträge, um die wie immer benannten Zustimmungsakte oder Stellungnahmen/Gutachten, versendet worden sind und, dass die Maßnahme erst dann durchgeführt werden darf, wenn alle Akte ausgestellt sind. Der Leiter der Servicestelle informiert den Interessenten sobald alle Akte ausgestellt worden sind.
3. Für die Anwendung der Eingriffsgebühr wird nach den Bestimmungen der Verordnung über die Festsetzung und Einhebung der Eingriffsgebühr vorgegangen. wobei die eventuelle Ergänzungszahlung vom Bürgermeister angeordnet wird.

Abschnitt 4
Flächenwidmungsbescheinigung

Artikel 14

Zuständigkeit

1. Die Flächenwidmungsbescheinigung laut Artikel 83 des Gesetzes wird vom Bürgermeister ausgestellt.

Sezione 3
Comunicazione di inizio lavori asseverata

Articolo 13

Acquisizione di atti di assenso, comunque denominati, o di pareri di altri uffici e amministrazioni

1. Il direttore del Front Office o la persona da esso incaricata cura l'istruttoria della CILA.
2. Se l'intervento, soggetto a comunicazione di inizio lavori asseverata, è subordinato all'acquisizione di atti di assenso, comunque denominati, o pareri di altri uffici e amministrazioni, il Direttore del Front Office, ricevuta la comunicazione, procede all'acquisizione, avvisando l'interessato che le istanze per ottenere gli atti di assenso comunque denominati o i pareri sono state inviate, e che l'intervento resta subordinato al rilascio degli atti medesimi. Il Direttore del Front Office avvisa l'interessato non appena tutti gli atti sono stati rilasciati.
3. Per l'applicazione del contributo di intervento si procede ai sensi delle disposizioni del regolamento sulla determinazione e riscossione del contributo di intervento e il Sindaco ne ordina l'eventuale integrazione.

Sezione 4
Certificato di destinazione urbanistica

Articolo 14

Competenza

1. Il certificato di destinazione urbanistica di cui all'articolo 83 della legge è rilasciato dal Sindaco.